

INHALT

1. Haushaltsentwurf 2013 wurde Parlament zugeleitet
2. CDU/CSU-Finanzpolitiker einigen sich beim künftigen Länderfinanzausgleich
3. Umweltsprechertagung in München
4. CDU-Fraktion nimmt Probleme der Kliniken vor Ort ernst

26.10.2012

Haushaltsentwurf 2013 wurde Parlament zugeleitet Stabilitätsrat bemerkt Veränderungen im Sanierungswillen

Nun liegt der Haushaltsentwurf der neuen Landesregierung für das kommende Jahr vor (Eine Verlinkung ist aktuell leider nicht möglich, da der Entwurf bisher lediglich im Intranet steht). Die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag prüft den etwa 1700 Seiten umfassenden Entwurf angesichts der knappen Zeit bis zur ersten Lesung in der Novembersitzung des Landtages derzeit mit Hochdruck.

Veröffentlicht wurde dagegen in dieser Woche die Stellungnahme des Stabilitätsrates zum Sanierungsprogramm Schleswig-Holstein. Der Stabilitätsrat hat unter anderem festgestellt, dass „der vorgelegte Bericht hinter dem Detaillierungsgrad der bisherigen Berichte zurückbleibt“. „Während Finanzminister Rainer Wiegard seine Maßnahmen transparent dargestellt hat, fällt Monika Heinold dahinter zurück“, stellte dazu CDU-Finanzexperte Tobias Koch fest.

Der Stabilitätsrat habe darüber hinaus einen Handlungsbedarf festgestellt, der bis zum Jahr 2016 auf rund 300 Millionen Euro anwachse. Der bisher bei den Zinsausgaben enthaltene Puffer werde außerdem deutlich reduziert.

Koch: „Die Landesregierung reißt also in den kommenden vier Jahren eine Lücke von 300 Millionen Euro in den bisher beschrittenen Konsolidierungspfad. Und das, obwohl sich Frau Heinold großzügig die künftigen Zinsausgaben schön gerechnet hat.“

Die neue Landesregierung vergrößere mit ihren strukturellen Mehrausgaben die Probleme in der Zukunft! „Dafür hat sie heute die verdiente Gelbe Karte bekommen“, so Koch abschließend.

Die Mitteilung des Stabilitätsrates finden Sie unter:

http://www.stabilitaetsrat.de/DE/Beschluesse-und-Beratungsunterlagen/Beschluesse-und-Beratungsunterlagen_node.html

CDU/CSU-Finanzpolitiker einigen sich beim künftigen Länderfinanzausgleich Eckpunkte für die Zeit nach 2019 beschlossen



Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Finanzpolitiker Tobias Koch, MdL

Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher von CDU und CSU in den deutschen Landesparlamenten haben in dieser Woche auf ihrer Tagung in Potsdam einstimmig Eckpunkte für den Länderfinanzausgleich und den bundesstaatlichen Finanzausgleich in den Jahren nach 2019 beschlossen.

„Erstmals haben Finanzexperten aus Geber- und Nehmerländern einen Konsens in dieser schwierigen Frage erzielt“, stellte der schleswig-holsteinische CDU-Finanzexperte Tobias Koch im Anschluss an die Sitzung fest.

Vorgesehen sind unter anderem mehr Leistungsanreize, eine Bundeshauptstadthilfe für Berlin, ein demographischer Ausgleichsfaktor, der Abbau weiterer Mischfinanzierungen sowie ein schärferes Sanktionsregiment gegen Haushaltssünder. „Damit sorgen wir für mehr Haushaltsdisziplin in den Bundesländern“, so Koch.

Kerngedanke der Einigung sei, dass die bundesstaatliche Solidarität erhalten bleibe, die Ausgleichsintensität jedoch zurückgefahren werden solle. Die jetzige Regelung, nach der umso stärker ausgeglichen oder abgeschöpft werde, je weiter ein Land sich vom Länderdurchschnitt entferne, bezeichnete Koch in diesem Zusammenhang als leistungsfeindlich. Diesen Effekt wollen die Unionspolitiker nun durch eine Tarifglättung bei der Umsatzsteuerverteilung und im Länderfinanzausgleich abschwächen.

Für Berlin ist eine Bundeshauptstadthilfe vorgesehen, die den Ausgleichsbedarf des Stadtstaats aus dem Länderfinanzausgleich deutlich reduzieren soll. „Dadurch ergibt sich eine Entlastung der anderen Länder, die wir für die Umgestaltung des Länderfinanzausgleichs nutzen wollen“, so Koch.

Besondere politisch kaum beeinflussbare strukturelle Herausforderungen sollen auch über 2019 hinaus durch Sonderbundesergänzungszuweisungen berücksichtigt werden. Zudem wollen die Finanzexperten künftig den Effekt massiver demographischer Probleme durch Abwanderung im Ausgleichssystem abmildern. Mischfinanzierungen sollen so weit wie möglich abgebaut werden. „Aufgaben und Ausgaben gehören in eine Hand. Das gilt für die Kommunen und Länder genauso wie für den Bund und die EU. Diese Klarheit dient auch der Demokratie“, stellte Koch klar.

Dem Stabilitätsrat sollen erforderlichenfalls mehr Kompetenzen eingeräumt werden, damit dieser seine Aufgabe „als Hüter der innerdeutschen Finanzstabilität vollumfänglich erfüllen kann“, wie es in der Entschließung heißt. Ab dem Jahr 2020 schlagen die Unionspolitiker ein automatisch gestuftes Sanktionsverfahren vor, mit dem die innerdeutsche Schuldenbremse durchgesetzt werden soll. „Unser Vorschlag geht damit über das bisherige Recht des Stabilitätsrats weit hinaus“, stellte Koch fest. Derzeit begutachtet der Stabilitätsrat die Haushalte der Länder. Vom kommenden Jahr an wird er auch die Einhaltung des europäischen Fiskalpakts kontrollieren.

Die erarbeiteten Eckpunkte für neuen Länderfinanzausgleich der CDU/CSU-Finanzpolitiker finden Sie unter:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/laenderfinanzen.pdf>

Umweltsprechertagung in München **CDU-Umweltpolitiker verabschieden Resolution zur Energiewende**



Bundesumweltminister Peter Altmaier (rechts) und der Heiner Rickers, MdL

Auf Einladung der bayerischen Kollegen trafen sich die umweltpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktionen der Länder zu ihrer Jahrestagung in München.

Kernpunkt war die Verabschiedung einer Resolution zur aktiven Gestaltung der Energiewende in Deutschland. Die umfangreiche Resolution wurde einstimmig beschlossen und trifft Aussagen zur:

- Abstimmung und Forcierung des Netzausbaus
- Harmonisierung der EEG-Einspeisevergütung
- Einführung eines Ausgleichs für EEG-bedingte Netzausbaukosten
- Sicherung bezahlbarer Energie in der Zukunft
- Steigerung der Energieeffizienz und rationelle Energieverwendung
- Sicherung der Energieversorgung im Schulterschluss mit fossilen Energieträgern
- Nutzung von Wasserstoff und Methan als Ersatz fossiler Energieträger.

In einem zweistündigen Gespräch mit Bundesumweltminister Peter Altmaier entwickelte sich ein reger Meinungs austausch, bei dem sich in der Gesamtbewertung eine große Übereinstimmung in der Einschätzung des Handlungsbedarfs bei der Umsetzung der Energiewende in Deutschland herausstellte.

„Der Initiative der CDU Schleswig-Holstein ist es zu verdanken, dass beim Netzausbau zukünftig vorrangig geprüft werden soll, ob Energieleitungstrassen an vorhandenen Eisenbahn- und Autobahntrassen, sowie Wasserstraßen oder auf - Schleswig-Holstein bezogen - an linearen Landschaftselementen, wie Knicks gebündelt werden können. Ferner sollen Landwirte, die Flächen für Energiefreileitungstrassen zur Verfügung stellen, - vergleichbar der Pacht - dauerhaft entschädigt werden“, so der umweltpolitische Sprecher der CDU Landtagsfraktion Heiner Rickers im Anschluss an die Tagung.

Auf dem Programm stand weiterhin ein Besuch des E.ON Hochdruck-Speicherkraftwerkes am Walchensee. Seit 88 Jahren wird dort ein natürliches Gefälle von 200 Metern genutzt um durch Wasserkraft elektrische Energie zu erzeugen. Mit einer installierten Leistung von 124 MW ist es eines der größten seiner Art in Deutschland und dient zur Abdeckung der Spitzenlast.

Im nahe gelegenen Oskar-von-Miller-Institut der Technischen Universität München informierten sich die Abgeordneten über die weltweiten Tätigkeiten der Versuchsanstalt für Wasserbau und Wasserwirtschaft. Durch naturgetreue Simulationen am Modell - sowohl in großen Hallen, als auch im Freiland - werden dort Erkenntnisse gewonnen, die bei der Umsetzung in die Realität helfen durch Effizienz Kosten zu sparen.

CDU-Fraktion nimmt Probleme der Kliniken vor Ort ernst **FAK Soziales besucht Gesundheitseinrichtungen im Kreis Ostholstein**

Die Sozialpolitiker der CDU-Landtagsfraktion haben die sitzungsfreie Zeit der Herbstferien genutzt, um sich bei einer Bereisung des Fraktionsarbeitskreises über Kliniken im Kreis Ostholstein zu informieren.

Erste Station waren die AMEOS-Einrichtungen in Neustadt, die vor allem durch ihre forensische Psychiatrie und Psychotherapie bekannt sind. AMEOS-Vorstand Michael Dieckmann stellte den Sozialpolitiker vier verschiedene Bereiche vor: die stationäre Eingliederungshilfe, die Forensik, das Klinikum sowie die Pflegeeinrichtung.

Die Vorsitzende des FAK Soziales, Kathe Rathje-Hoffmann, zeigte sich beeindruckt: „Ihr Engagement beweist, mit wie viel Herzblut die Leitung und Ihre Mitarbeiter in den verschiedenen Einrichtungen hinter ihrer Arbeit stehen.“

Während des zweistündigen Gesprächs erfuhren die Sozialpolitiker auch von den Problemen, mit denen die AMEOS Einrichtungen konfrontiert sind. Für zwei bereits genehmigten Tageskliniken fehle die Finanzierungszusage durch die neue Landesregierung. Für eine Spezialeinrichtung für Menschen mit psychischer Behinderung warte AMEOS noch immer auf eine Genehmigung. Auch bei der Pflegeausbildung gebe es Schwierigkeiten.

Rathje-Hoffmann versprach, sich für entsprechende Lösungen stark zu machen: „Gerne nehmen wir Ihre Anregungen mit nach Kiel und werden sie auf die politische Agenda setzen!“

Die zweite Station führte die Mitglieder des FAK Soziales am Nachmittag weiter auf die Insel Fehmarn, wo ein Besuch der erst im April dieses Jahres eröffneten Inselklinik anstand. Geschäftsführer Dr. Stephan Puke und der ärztliche Direktor Dr. Uwe Schewe führten die Abgeordneten mit einem Rundgang durch das 30 Betten umfassende Inselklinikum.

„Die Kombination aus stationärer und ambulanter Behandlung kann Vorbild für weitere

Regionen in Schleswig-Holstein sein, in denen eine umfassende ärztliche Versorgung durch fehlenden medizinischen Nachwuchs immer schwieriger wird“, stellte Katja Rathje-Hoffmann nach dem Rundgang fest. „Wer einmal sehen möchte, wie ein gut funktionierendes Krankenhaus aussieht, dem kann ich einen Besuch der Inselklinik Fehmarn ans Herz legen“, fasste Rathje-Hoffmann zusammen.



Die Sozialpolitiker und ihre AMEOS-Gastgeber in einer Gesprächspause

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de